



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Protestmarsch der SPD-Bundestagsfraktion nach der Wahl eines AfD-Abgeordneten zum Landtagspräsidenten in Sachsen-Anhalt Michael Schrodi: „Wir sind das Bollwerk gegen Rechts!“

Berlin, 7.10.2026

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Paul-Löbe-Haus
Raum: 7.332
Telefon: +49 30 227-77541
michael.schrodi@bundestag.de

**Bundestagsabgeordneter
Parlamentarischer Staatssekretär
beim Bundesminister der Finanzen**

Die Wahl von AfD-Politikern zum Landtagspräsidenten und Vizepräsidenten in Sachsen-Anhalt war gestern Anlass genug für die SPD-Bundestagsfraktion, Termine am Dienstagabend spontan abzusagen und gemeinsam einen Protestmarsch zum Berliner Bebelplatz zu machen – dem Platz der Bücherverbrennung 1933 als Folge der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten. Michael Schrodi sagt dazu: „Wenn erstmals seit 1945 Politiker rechtsextremer Parteien an die Spitze eines Landesparlaments und dadurch zu Repräsentanten von Sachsen-Anhalt gewählt werden, gerät mehr und mehr ins Rutschen. Demokratien gehen nicht laut zugrunde, sondern leise und Schritt für Schritt. Die CDU muss klären, ob und wer diese fatale Entscheidung aus ihren Reihen womöglich für richtig hielt. Das war gestern ein schwerer Tag.“

Der SPD-Bundestagsabgeordnete für Fürstentum und Dachau betont in einer Nachricht an die SPD-Mitglieder im Wahlkreis, dass es die SPD ist, die historisch immer auf der richtigen Seite stand: „An so einem Tag können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Der Kampf für unsere Demokratie ist unser Markenkern. Seit 163 Jahren stehen wir dafür ein.“ Einige der Abgeordneten trugen bei der Versammlung als symbolischen Akt das Grundgesetz mit sich. Schrodi: „Wir vertreten und verteidigen unsere Werte – wir sind das Bollwerk gegen Rechts. Wir stehen für eine wehrhafte Demokratie!“

BU: SPD-Politiker:innen und -Mitarbeiter:innen beim Protestmarsch gegen die Wahl der ersten Repräsentanten des Sachsen-Anhaltinischen Landtags